

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



SPD-Fraktion *direkt*

Sonderausgabe

23.11.2015

HAUSHALT 2016

**AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN MEISTERN,
IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN,
DEN KONSOLIDIERUNGSKURS FORTSETZEN**

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfraktion-rlp.de



Liebe Genossinnen und Genossen,

Heute habe ich gemeinsam mit unserem haushaltspolitischen Sprecher **Dr. Denis Alt** und unserem Koalitionspartner die Schwerpunkte des rot-grünen Haushalts nach Einreichung der Deckblätter vorgestellt.

Wir können erneut feststellen: Der Haushalt 2016 wird den Herausforderungen unserer Zeit gerecht, unterstützt die Kommunen und treibt den sozial-ökologischen Wandel weiterhin voran. Uns ist ein schwieriger Balanceakt gelungen und wir bleiben dabei auf Konsolidierungskurs. Darauf können wir Stolz sein. Rot-Grün bringt das Land weiterhin voran.

Unsere Schwerpunkte: Investitionen in Bildung und Betreuung, in Infrastruktur und Mobilität, in Klimaschutz und digitale Infrastruktur sowie für unsere Kommunen und für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Einen finanziell großen Anteil machen die Mittel für die gesamtgesellschaftliche Aufgaben der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung sowie der Integration aus. Es werden insgesamt **183,3 Millionen Euro** zusätzlich zu den bereits im Haushaltsentwurf vorgesehenen 165 Millionen Euro veranschlagt – Davon **25 Millionen Euro** originäre Landesmittel.

Im sozialpolitischen Bereich stärken wir etwa mit **250.000 Euro** die spezialisierte ambulante Palliativversorgung. Mit **150.000 Euro** leisten wir eine Anschubfinanzierung für bis zu acht SAPV-Netzwerke.

Im Bereich der inneren Sicherheit sorgen wir dafür, dass die Strafverfolgungsorgane angesichts der neuen Sicherheitslage eine passgenaue personelle Ausstattung erhalten. Zudem werden die mit hoheitlichen Befugnissen ausgestatteten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten verstärkt von der Erfüllung polizeifremder Aufgaben entlastet.

Ich sage aber auch zum jetzigen Zeitpunkt sehr klar: Über weitere mögliche Stärkungen werden die Regierungsfractionen in den kommenden Wochen beraten.

Denis Alt und mir ist es wichtig für die SPD-Fraktion zu betonen: Die von uns eingebrachten Änderungsvorschläge lassen den Konsolidierungskurs unangetastet. Die Nettokreditaufnahme geht sogar um 21,7 Millionen Euro gegenüber dem hervorragenden

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



Regierungsentwurf *unserer Finanzministerin Doris Ahnen* zurück. Auch das strukturelle Defizit verbleibt deutlich im erlaubten Bereich.

Dieser finanzpolitische Erfolge hat eine Ursache: Die Konsolidierungserfolge durch die Politik *unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer* ermöglichen es, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, ohne an der Haushaltskonsolidierung Zweifel aufkommen zu lassen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander Schweitzer'.

Alexander Schweitzer

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN MEISTERN, IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN, DEN KONSOLIDIERUNGSKURS FORTSETZEN

Die Regierungsfraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die GRÜNEN setzen mit ihren Änderungsanträgen zum Regierungsentwurf des Landeshaushalts 2016 weitere Schwerpunkte im Rahmen der sozialen und ökologischen Modernisierung von Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung hat einen Entwurf vorgelegt, der angesichts der aktuellen Herausforderungen die richtigen Antworten formuliert: einen Haushalt, der einerseits die richtigen Schwerpunkte für die Zukunftssicherung des Landes setzt (Bildung und Betreuung, Infrastruktur und Mobilität, Klimaschutz und digitale Infrastruktur, Kommunen und innere Sicherheit) und insbesondere die Finanzmittel für gesamtgesellschaftliche Aufgaben der Flüchtlingsaufnahme, -unterbringung und Integration durch das Land und die Kommunen bereitstellt. Der aber andererseits den Konsolidierungskurs konsequent fortsetzt und die Schuldenregeln für den Landeshaushalt nicht nur einhält, sondern bei struktureller Verschuldung und Kreditaufnahme sehr deutlich unterhalb der Obergrenzen bleibt.

Die Haushaltspolitik der rot-grünen Koalition wird der schwierigen aktuellen Situation gerecht. Das gilt auch für unsere Änderungsanträge. Mit ihnen reagieren wir zum einen auf die weiterhin sehr starken Flüchtlingsbewegungen nach Europa und Deutschland, und damit nach Rheinland-Pfalz. Deshalb bildet die Umsetzung des seit Einbringung des Regierungsentwurfs getroffenen Vereinbarungen von Bund und Ländern zur Flüchtlingsunterbringung, -versorgung und Integration einen wesentlichen Schwerpunkt unserer Änderungsanträge. Dazu gehört insbesondere die von der Landesregierung mit den Kommunen erzielte Einigung über die Pauschale, die die Kommunen in Zukunft für die Flüchtlingsaufnahme erhalten werden. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass das Land an der Seite der Kommunen steht, und dies nicht nur angesichts der dramatischen Flüchtlingssituation. Unsere Änderungsanträge dienen darüber hinaus etlichen weiteren Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation in zahlreichen Politikfeldern.

Zugleich machen wir auch im jetzt laufenden parlamentarischen Verfahren als Regierungsfraktionen noch einmal deutlich, dass wir auch bei der unbestreitbaren Dominanz des Flüchtlingsthemas und – seit den furchtbaren Anschlägen in Paris – des Themas der inneren Sicherheit andere Aufgaben nicht vernachlässigen und unseren

politischen Auftrag zur sozialen und ökologischen Modernisierung unseres Landes im umfassenden Sinne wahrnehmen. Das heißt vor allem auch, dass wir den Menschen gerecht werden, die von diesen anderen Themen besonders betroffen sind – sei es im Bildungsbereich, im Sozialbereich oder auf anderen Feldern.

Die von uns eingebrachten Änderungsvorschläge lassen den Konsolidierungskurs unangetastet. Zwar sind mit ihnen Mehrausgaben von gut **245 Mio. Euro** verbunden. Ihnen steht aber eine um gut **267 Mio. Euro** verbesserte Einnahmesituation gegenüber. Insgesamt geht damit die Nettokreditaufnahme um **21, 7 Mio. Euro** gegenüber dem Regierungsentwurf zurück, die Kreditobergrenze wird um knapp **434 Mio. Euro** unterschritten. Weil ein wesentlicher Anteil der seit Vorlage des Regierungsentwurfs neu zu veranschlagenden Steuermehreinnahmen konjunkturell bedingt ist, also nicht als langfristig anzusehen ist, ergibt sich eine leichte Steigerung der strukturellen Verschuldung, die von **467 Mio. Euro auf ca. 480 Mio. Euro** steigt. Die Grenze von 724 wird hier ebenfalls weiterhin sehr deutlich eingehalten. Vor allen dies zeigt: Es sind die Konsolidierungserfolge unserer Haushaltspolitik der vergangenen Jahre, die uns heute ermöglichen, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, ohne an der Haushaltskonsolidierung Zweifel aufkommen zu lassen.

SCHWERPUNKTE

Versorgung und Integration von Flüchtlingen

Im Flüchtlingsbereich werden insgesamt **183,3 Mio. Euro** zusätzlich zu den bereits im Haushaltsentwurf vorgesehenen **165 Mio. Euro** veranschlagt. Rheinland-Pfalz erhält **158,3 Mio. Euro** Bundesmittel aus der Einigung zwischen Bund und Ländern vom September 2015. Dazu kommen **25 Mio. Euro** originäre Landesmittel. Benötigt werden diese Gelder für den Aufbau und das Personal in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes. Hierfür sind 117 Mio. Euro vorgesehen. Weitere 59 Mio. Euro fließen an die Kommunen für die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge sowie für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Hinzu kommen 5,8 Mio. Euro für Rückführungsprogramme und 1,5 Mio. Euro für die Integrationsarbeit in Rheinland-Pfalz.

Neben diesen Maßnahmen haben wir zahlreiche **weitere Projekte im Integrationsbereich** über den gesamten Haushalt neu geschaffen.

- Förderung der Fortbildungsmöglichkeiten von Lehrkräften für „Deutsch als Fremdsprache“
- Förderung von 10 TeilnehmerInnenplätzen für Flüchtlinge für ein freiwilliges ökologisches Jahr
- Projekte der Maschinen- und Betriebsringe, die der Qualifikation und Vermittlung von Flüchtlingen dienen
- Förderung kultureller Projekte für Flüchtlinge

Bildung

Unter den Anträgen im Bereich Bildung ist die Ausweisung von **22 Stellenhebungen für didaktische Koordinatorinnen und Koordinatoren an Realschulen Plus** hervorzuheben. Die didaktischen Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren übernehmen wesentliche Funktionen dafür, dass die Realschulen Plus ihren pädagogischen Auftrag besonders im Bereich der individuellen Förderung erfüllen und ihr Qualitätsprogramm stetig fortentwickeln können. Hier angemessene Funktionsstellen auszuweisen, ist deshalb wichtig. Zu erwähnen ist in diesem Bereich neben der massiven Mittelsteigerung bei der Sprachförderung bzw. den Deutschintensivkursen (insb. an Berufsbildenden Schulen) um **2,1 Mio. Euro** vor allem aber auch die Stärkung der Grundförderung der Weiterbildungsträger um **50.000 Euro**. Unsere Weiterbildungsträger leisten unverzichtbare Arbeit, wenn es darum geht, Menschen im Sinne einer Kultur der zweiten oder und weiterer Chancen neue Wege zu eröffnen. Ihre Förderung ist uns wichtig.

Das Betreuungsgeld ist aus Sicht der Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN weder ein beschäftigungs- noch eine bildungsfreundliches Instrumentarium der Familienpolitik. In Abstimmung mit den rheinland-pfälzischen Kommunen stellen wir die durch Abschaffung des Betreuungsgeldes freigewordenen Bundesmittel für die Kinderbetreuung zur Verfügung. Sie sind unter anderem für den Ausbau der Kindertagesstätten, für die Steigerung der Betreuungsqualität und für die gezielte Sprachförderung von deutschen und nichtdeutschen Kindern, die noch Probleme mit der deutschen Sprache haben. Eine rückwärtsgewandte Familienpolitik ist mit den Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN im rheinland-pfälzischen Landtag nicht umzusetzen. Wir setzen auf den Ausbau der

frühkindlichen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie auf die KITA-Gebührenfreiheit, so dass möglichst viele Kinder und Familien profitieren.

Sozialer Wohnungsbau

Bei der sozialen Wohnraumförderung werden wir **18,5 Mio. Euro** zusätzlich ausgeben. Diese Mittel kommen direkt vom Bund und waren Teil der Einigung zwischen dem Bund und den Ländern zur Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Wir werden die Mittel in unsere bestehenden Wohnraumförderungsprogramme einbinden. Diese Programme beinhalten zinsfrei Darlehen für Mietwohnbauauförderungen, die Förderung von Wohngenossenschaften, den Kauf von Belegungsrechten bestehender Mietwohnungen sowie einmalige Tilgungszuschüsse. Damit schaffen wir mehr preiswerten Wohnraum für Flüchtlinge und sozial schwache Menschen in Rheinland-Pfalz.

Innere Sicherheit

Im Bereich der inneren Sicherheit sind zwei Maßnahmen von besonderer Bedeutung, die durch die rot-grünen Änderungsanträge abgebildet werden:

Mit der Änderung im Einzelplan 05 tragen wir die von Justizminister Gerhard Robbers bereits kurzfristig im Haushaltsvollzug 2015 umgesetzten Maßnahmen mit und verstetigen sie für das kommende Haushaltsjahr. Die schrecklichen Ereignisse von Paris haben eine Neubewertung der Sicherheitslage notwendig gemacht, an deren Ende Anpassungen an den vorgesehenen Personalplanungen im Bereich der Strafverfolgung stehen. Mit der Schaffung von im Vergleich zum Regierungsentwurf **3 zusätzlichen Staatsanwaltsstellen** wollen wir dafür Sorge tragen, dass unsere Strafverfolgungsorgane in dieser neuen Situation eine passgenaue personelle Ausstattung erhalten. Durch die Zuweisung von 2 Stellen an die Staatsschutzdezernate der Staatsanwaltschaft Koblenz sowie einer Stelle an die Landeszentralstelle Cybercrime der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz soll eine Verwendung in diesem Sinne sichergestellt werden.

Im Polizeibereich wollen wir durch die Schaffung neuer Stellen für Angestellte dafür sorgen, dass die mit hoheitlichen Befugnissen ausgestatteten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten verstärkt von der Erfüllung im Grunde polizeifremder Aufgaben entlastet werden. Dies schafft mittelbar mehr freie Kapazitäten für die Einsatzkräfte. Zu diesem

Zweck schaffen wir **15 neue Tarifstellen für die sogenannten Ermittlungsgruppen Migration** (kurz: EG Migration), die in den AFAs des Landes eingerichtet wurden, um insbesondere aufenthaltsrechtliche Verstöße zu bearbeiten und gezielte Präventionsmaßnahmen durchzuführen. Wir schaffen zudem die Voraussetzungen dafür, dass die besagten Einrichtungen in den AFAs mit der notwendigen IT- und Fernmeldeinfrastruktur ausgestattet werden. Außerdem schaffen wir **21 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte bei der zentralen Bußgeldstelle des Landes**.

Pflege und Palliativversorgung

Im sozialpolitischen Bereich ist die Stärkung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung hervorzuheben. Sie wird nun mit einem eigenen Titel ausgestattet und mit **250.000 Euro** ausgestattet. Mit **150.000 Euro** wollen wir dabei eine Anschubfinanzierung für bis zu acht SAPV-Netzwerke leisten. Für die Förderung von neuen Maßnahmen für Familien mit schwerstkranken und schwer behinderten Kindern stehen bis zu **100.000 Euro** zur Verfügung. Im Landtag haben wir in diesem Sommer mit einem Entschließungsantrag unterstrichen, wie wichtig die ambulante Versorgung in der Pflege in der Zukunft werden wird. Unser zentrales Ziel ist, Pflegestrukturen zu schaffen, die an die Bedürfnisse der Menschen angepasst sind. Jede und jeder soll die Pflege bekommen, die er benötigt, um ein Maximum an Teilhabe und der Erleichterung von Leid zu erreichen. Dafür ist die Stärkung der speziell ambulanten palliativen Versorgung zukunftsweisend.

Umweltechnik Ecoliance

Wir wollen weiterhin den Mittelstand und innovationsfreudige Unternehmen in Rheinland-Pfalz unterstützen. Insbesondere Umwelttechnologien sind zukunftsweisend. Darum fördern wir Netzwerke im Bereich Umwelttechnik mit insgesamt und vor allem den Aufbau des Netzwerkes Ecoliance Rheinland-Pfalz mit **140.000 Euro**. Ecoliance Rheinland-Pfalz ist ein Zusammenschluss führender Köpfe der rheinland-pfälzischen Umwelttechnikbranche und fungiert als zentraler Ansprechpartner für das Thema in Rheinland-Pfalz.

Innovationsland

Wir unterstreichen unser Ziel, Rheinland-Pfalz als Innovationsland zu stärken. Dazu enthält der Regierungsentwurf bereits wichtige Maßnahmen. Durch die so genannte Ausbringung

von zwei Haushaltsvermerken stärken wir zum einen das Projekt InnoStart und bringen die Bündelung der Beratungen und Betreuungen von digitalen StartUps durch eine Anlaufstelle beim Technologiezentrum Koblenz auf den Weg. InnoStart soll die Kontakte von KMU mit der Wissenschaft erleichtern und stärken, indem Berührungsängste und andere Hemmnisse gezielt abgebaut werden. Wenn so etwas gut läuft, können längerfristige technologieorientierte Kooperationen entstehen, die durch größere Projekte nicht so leicht aufgebaut werden, wie alle Erfahrung zeigt.

Frauen

Gewalt und Bedrohung gehört für viele Mädchen und Frauen in Rheinland-Pfalz leider zum Alltag. Der Bedarf an entsprechenden Beratungs- und Notrufstellen ist hoch. Deshalb werden insgesamt **85.000 Euro** in die Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen fließen. Mit jeweils **25.000 Euro** werden Personalausgaben der Frauenhäuser, Frauennotrufe sowie das Programm „Rheinland-pfälzisches Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ (RIGG) bezuschusst. Weitere 5000 Euro fließen in die Beratungsstelle „Roxanne“ für Prostituierte. Die verbleibenden 5000 Euro werden aufgewendet, um die Arbeit der Frauennotrufe und Frauenhäuser besser zu koordinieren.

Sport- und Fanprojekte

Sport hat eine wichtige Funktion für die Gesellschaft. Ganz gleich, ob arm oder reich, mit oder ohne Handicap, alt oder jung – hier kommen alle zusammen als Teamplayer für den sportlichen Erfolg. Der kommende Haushalt wird daher mit **30.000 Euro** zusätzlich Fanprojekte fördern. Zudem wird mit **25.000 Euro** eine neue Personalstelle für den Landesverband Special Olympics Rheinland-Pfalz geschaffen, um ganzheitliche Inklusionsarbeit zu leisten. Dabei handelt es sich um eine Sportorganisation für Menschen mit geistiger Behinderung.

Eine-Welt-PromotorInnen

Das Land stellt dem Entwicklungspolitischen Landesnetzwerk Elan **81.000 Euro** zur Verfügung, um drei neue Personalstellen für deren Eine-Welt-PromotorInnen-Programm zu schaffen. Die Eine-Welt-PromotorInnen vernetzen Akteure der entwicklungspolitischen



Inlandsarbeit, entwickeln Aktionen und Kampagnen, sorgen für kontinuierliche Präsenz relevanter Eine-Welt-Themen und unterstützen bürgerschaftliches Eine-Welt-Engagement durch Beratungs- und Koordinationsangebote. Neben integrationspolitischen sind entwicklungspolitische Maßnahmen von zentraler Bedeutung, denn dabei geht es auch um die Bekämpfung von und Sensibilisierung für Fluchtursachen. Uns geht es dabei um die Förderung der Leitlinie öffentlichen Handelns „Global denken lokal handeln“.

Landwirtschaftskammer

Wir stärken die Finanzierung der Landwirtschaftskammer (LWK). Sie erhält **100.000 Euro** mehr für ihre Selbstverwaltungsaufgaben und ein Plus von **200.000 Euro** für die Durchführung von Auftragsangelegenheiten. Gestiegene Anforderungen und ein Aufgabenzuwachs haben zu Mehraufwendungen der LWK geführt– etwa Antragverfahren für die Rebpfanzrechte, EDV-Mehraufwendungen und notwendige Personalaufstockungen.